



Luzern, 27. Juni 2014

Steuerstrategie gescheitert – Kanton Luzern baut weiter massiv Leistungen ab

Die SP lehnt das Sparpaket Leistungen und Strukturen II (LS II) ab. Die vorgesehenen Korrekturen im Steuergesetz sind richtungsweisend, gehen der SP aber zu wenig weit. Der massive Leistungsabbau steht im Widerspruch zur Bevölkerungsbefragung 2013, in der deutlich hervorgeht, dass die Mehrheit keinen Leistungsabbau will.

„Das vorgeschlagene Sparpaket ist zynisch. Behinderte Menschen sollen schlechter betreut und Kinder vom Gymnasium ferngehalten werden.“ so Felicitas Zopfi, Präsidentin SP der Kanton Luzern und Mitglied der Spezialkommission Leistungen und Strukturen II (KLS II) und David Roth, ebenfalls Mitglied der KLS II meint: „Die Menschen im Kanton Luzern können nicht mehr vor Naturgefahren geschützt werden und historische Gebäude lässt man verlottern. Die bürgerliche Finanzpolitik ist gescheitert und nur noch schädlich.“

Die juristischen Personen wurden durch die Steuergesetzrevisionen 2008 und 2011 überproportional entlastet. Die SP fordert deshalb eine Erhöhung der Unternehmenssteuer. Auch die Halbierung der Vermögenssteuer ging zu weit, hier fordert die SP ebenfalls eine Erhöhung. Die kürzlich veröffentlichte Befragung der Bevölkerung zeigt, dass eine Mehrheit unsere Haltung in dieser Frage teilt.

Die 61 vorgeschlagenen Massnahmen täuschen trotz der beschönigenden Worte des Finanzdirektors nicht über den massiven Leistungsabbau hinweg.

Der Kanton Luzern ist bereits jetzt nicht mehr in der Lage, die Bevölkerung vor Naturgefahren ausreichend zu schützen. Jetzt werden auch noch die Beiträge für Landschaftsqualität und Seesanierungen gekürzt. Ist dem Regierungsrat die Landschaft egal?

Der Übertritt von der 3. Sekundarschule ans Kurzzeitgymnasium soll nicht mehr möglich sein. Das ist ein klarer Abbau der Chancengerechtigkeit. Will der Regierungsrat, dass weniger Jugendliche das Gymnasium besuchen können?

Die Denkmalpflege ist dem Regierungsrat nicht mehr viel wert. Nach einer generellen Kürzung von 20%, werden nun auch noch die Sanierungsbeiträge an die Eigentümer gekürzt. Sollen sie ihre Häuser verlottern lassen?

Im Planungsbericht SEG war ein jährliches Wachstum von 1,6 Millionen Franken vorgesehen. Bei Leistungen und Strukturen I hat man aber die Beiträge bereits um 3 Millionen Franken gekürzt. Und nun will man zusätzliche 5% streichen. Einsparungen sind nur noch bei der Betreuung möglich. Es ist überaus zynisch, wenn der Regierungsrat fordert, dass es zu keinem Leistungsabbau kommen soll. Soll das Personal Gratisarbeit leisten? Oder meint der



Regierungsrat, Menschen mit einer Behinderung benötigen plötzlich weniger I
Betreuung, wenn der Kanton sparen muss?

Der Kanton ist mit seinem Leistungsangebot bereits unter dem Durchschnitt der Schweizer Kantone. Es kann doch nicht das Ziel sein, ein unterdurchschnittliches Leistungsangebot zu haben. Mit dem Hinweis, dass der nominelle Frankenbetrag gewachsen sei, will der Regierungsrat die Bevölkerung für dumm verkaufen. Er blendet dabei sowohl Teuerung und Einwohnerwachstum aus, als auch dass der Kanton Aufgaben vom Bund übernommen hat. Das ist unseriös und wahrheitsverdrehend.

Leistungen und Strukturen II ist nicht mehr zu verantworten. Es darf nicht nur darum gehen, die Finanzlage auf sehr tiefem Niveau zu stabilisieren. Es geht um Menschen. Es geht um das Wohl von Menschen mit einer Behinderung, um die Chancengerechtigkeit in der Bildung und um eine gesunde und sichere Umwelt.

Für Fragen steht Ihnen zur Verfügung:
Felicitas Zopfi, Kantonsrätin, 079 751 21 34
David Roth, Kantonsrat, 078 712 94 13